

tung - ich habe eine mitgebracht - stand zu lesen: Gesundes Frühstück für die Klasse 3 b. - Ich nehme an, dass Sie in den letzten Tagen und Wochen ähnliche Dinge gelesen haben. Es geht darum, dass sich sowohl Eltern als auch Sponsoren dieser Sache angenommen haben, und zwar recht einfach. Mit einfachen Mitteln sorgen sie dafür, dass gesunde Schulernährung nach vorne hin gerichtet dargestellt wird. Da braucht der Staat nicht unbedingt dabei zu sein. Wenn wir das Schulobstprogramm vom Staat aus geregelt hätten, hätte es alle diese Initiativen nicht gegeben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir sollten gegenüber den Eltern und den Verantwortungsträgern in der Region nicht immer nur als Vormund auftreten und sagen: Ihr kriegt das nicht hin, das muss alles vom Staat geregelt werden. - Es ist zehnmal, hundertmal, ja tausendmal besser, wenn letztendlich etwas über Privatinitiative geregelt wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ein letztes Wort zum Haushalt. Ich glaube, dass wir einen guten Haushalt aufgestellt haben. Auch ich bedanke mich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich werde dem Haushalt zustimmen, und ich nehme an, Sie auch.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Meyer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Christian Meyer (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich noch einiges zum Schulobstprogramm richtigstellen wollte.

Der Minister hat hier acht Länder mit Niedersachsen in einen Pott gepackt. Was das rot-grün regierte Land Bremen angeht, so ist zu sagen, dass es sich am Schulobstprogramm der EU beteiligen wollte. Niedersachsen ist dann aber ausgestiegen. Da es eine gemeinsame Agrarverwaltung gibt, hätte Bremen dann die Kosten allein tragen müssen.

Bremen sagt nun aber nicht: Wir tun gar nichts. - In Bremen hat man vielmehr die gleiche sechsstellige Summe, die man sonst als Kofinanzierung genommen hätte, für ein eigenes Schulobstprogramm vorgesehen.

Auf diese Weise kommt in Bremen für bedürftige Kinder nun kostenlos Obst in die Schulen. Das hätte ich mir im Blick auf die 2,5 Millionen Euro, die wir für diesen Zweck eingestellt haben, auch für Niedersachsen gewünscht.

Sie haben Ihre Ablehnung mit dem bürokratischen Aufwand begründet. Sie können gern ein eigenes Programm auflegen. Bei Ihnen ist aber ganz klar: Sie wollen, dass die Eltern dafür bezahlen. Wenn Geld zu bezahlen ist, erhalten die bedürftigen Kinder das Obst nicht, weil die Eltern es sich nicht leisten können, die Kosten zu tragen, oder weil sich die Eltern um das Problem nicht kümmern. Das ist der große Unterschied.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Weitere Wortmeldungen liegen mir zum Bereich Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung nicht vor.

Wir kommen dann zum nächsten Themenfeld:

Umwelt und Klimaschutz

Ich erteile der Kollegin Emmerich-Kopatsch von der SPD-Fraktion das Wort.

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal auf die Debatte von heute Morgen zurückkommen. In allen Ausführungen der Landesregierung zum Klimaschutz wurde mit keinem Wort erwähnt, was Sie in Wirklichkeit wollen. Sie wollen die Kernkraftwerke in Niedersachsen unbegrenzt weiterlaufen lassen. Kolleginnen und Kollegen, das ist mit uns nicht zu machen!

(Beifall bei der SPD)

Eine Laufzeitverlängerung wird auf unseren erbittertsten Widerstand treffen.

Kolleginnen und Kollegen, wir von der SPD setzen die Schwerpunkte deutlich anders als Sie. Wir wollen, dass eine ökologische Industrie- und Wirtschaftspolitik die Arbeitsplätze in Niedersachsen auf Dauer sichert. Wir wollen, dass Umwelt und Gesundheit zusammen betrachtet werden. Wir wollen, dass Niedersachsen zum Vorbildland beim Klima- und Ressourcenschutz wird.

(Beifall bei der SPD)

Die Atomtechnik verhindert jeden Fortschritt. Sie ist gefährlich, und sie ist zu teuer. Für diese unberechenbare Technik sollte in Zukunft in Niedersachsen kein Platz mehr sein. Niedersachsen kann mehr. Niedersachsen ist auf Alttechnologien nicht angewiesen.

Die SPD schlägt, ausgehend von den genannten Grundsätzen, für den Umwelthaushalt 2010 relevante Änderungen vor. Wir wollen erstens die Förderung des Klimaschutzes mit weiteren 5 Millionen Euro unterstützen, damit dieses Thema in Niedersachsen endlich an Bedeutung gewinnt. Zweitens fordern wir wie auch schon in den vergangenen Jahren die Verbesserung des Hochwasserschutzes im Binnenland. Hierfür werden zusätzlich ebenfalls 5 Millionen Euro benötigt. Drittens fordern wir, dass in Niedersachsen Verbundforschung in Gang gesetzt wird, die sich mit den gesundheitlichen Folgen ionisierender Strahlung befasst. Wir fordern dies vor allem für die Art von Strahlung, die von der Außenwelt nicht abgeschirmt werden kann.

Zudem fordern wir 600 000 Euro zusätzlich für den verbesserten Ausbau der Informationsstellen im Weltnaturerbe Wattenmeer. Wir sind der Auffassung, dass die anerkannten Umweltverbände 200 000 Euro zusätzlich bekommen sollten.

Des Weiteren fordern wir, für das Freiwillige Ökologische Jahr mindestens 100 000 Euro für die Schaffung von rund 70 neuen und zusätzlichen Stellen zur Verfügung zu stellen.

Nun zu den Forderungen im Einzelnen: Der Klimaschutz ist entgegen Ihren Ausführungen von heute Morgen in Niedersachsen nie wirklich angekommen. Die Klimakommission vertagt sogar die Erarbeitung des notwendigen Klimaschutzkonzepts der Landesregierung auf 2012. Diese Kommission dient Ihnen somit als Feigenblatt, um nicht weiter konkret handeln zu müssen. Sie haben fast sieben Jahre nicht gearbeitet. Warum? - Weil Sie auf die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke hofften und weiterhin warten. Sie merken nicht einmal, dass Sie mit Ihrer Haltung den Ausbau vieler innovativer Arbeitsplätze in Niedersachsen gefährden. Sie gefährden den Ausbau der regenerativen Energien, indem Sie der gefährlichen Atomtechnik weiterhin einen Platz in der Energieversorgung einräumen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Sie gefährden auch die industrielle Forschung, weil Sie Innovationsvorhaben, die Energieeffizienz und

Ressourcenschutz beinhalten, nicht ausreichend fördern.

Kolleginnen und Kollegen, am schlimmsten bei Ihrer Art, mit dem Thema umzugehen, finden wir aber, dass Sie vollkommen ausblenden, welche positiven wirtschaftlichen Folgen es gerade in Niedersachsen haben könnte, wenn Niedersachsen mit neuen Technologien, integrierter Prozesstechnik und neuen Produkten Spitzenreiter im Kampf gegen Klimaveränderungen werden würde. Ihr Nichtstun kostet hochwertige Arbeitsplätze, weil diese hier gar nicht erst entstehen.

(Ulf Thiele [CDU]: Alles falsch!)

Sie erweisen sich als wahre Innovationsverhinderer.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch im Handwerk und im Mittelstand würden Tausende von Arbeitsplätzen besser abgesichert, wenn Sie sich dem Thema der erneuerbaren Energien verstärkt widmen würden. Die CO₂-Vermeidung ist eine wesentliche Chance für unser Land. Wenn man zusätzliche Anreizprogramme z. B. im Bereich der Wärmedämmung, bei der Entwicklung neuer Materialien und bei der Gebäudesanierung in Niedersachsen auf den Weg bringen würde, hätten alle mehr davon: das Klima, die Umwelt, die Vermieter, die Mieter und vor allem die Arbeitsplätze in Niedersachsen.

Gleiches gilt auch in der Mobilitätswirtschaft. Alternative Antriebe und Kraftstoffe, intelligente Verkehrsmanagementsysteme, energie- und ressourcenschonende Produktion und verbrauchsarme Verkehrsmittel: Alles könnte man unter Umweltschutztechnologien zusammenfassen, die eine echte Exportchance hätten, wenn sie von Ihnen nur genutzt worden wäre.

Kolleginnen und Kollegen, Ihr Bemühen, Energieland Nummer eins zu werden, scheitert jetzt Stück für Stück. Warum? - Weil Sie in Berlin mit Ihren Kollegen und Ihrem Versprechen, Sie würden die Laufzeiten der alten Meiler beliebig verlängern, zahlreiche Neuinvestitionen überflüssig gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Für alle Anbieter von regenerativen Energien bedeutet Ihre Entscheidung aber auch, dass sie keine Planungsgrundlage haben. Das ist kein Kon-

zept. Kolleginnen und Kollegen, Sie haben keine Ahnung und damit auch keine Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Gleiches gilt bei Ihnen auch für den Hochwasserschutz. Was als Klimafolge für die Deichsicherheit gilt, sollte auch im Binnenland gelten. Unsere Kommunen sind in dieser Hinsicht finanziell massiv überfordert. Hier sollten Sie einen großen Schritt nach vorne tun, indem Sie ein integriertes Programm auf den Weg bringen und es vor allem finanziell dauerhaft unterstützen.

Kolleginnen und Kollegen, zu unserer Forderung, die Verbundforschung im Bereich der ionisierenden Strahlung in Niedersachsen zu etablieren, möchte ich Ihnen Folgendes sagen: In der Asse sind Mitarbeiter schwer erkrankt, ohne dass Sie oder sonst jemand ihnen bei der Bewältigung der Folgen ihrer Erkrankung oder gar bei der Anerkennung als Berufserkrankte geholfen hätten. Das ist zutiefst beschämend.

(Zustimmung bei der SPD)

Im Umfeld von Atomkraftwerken erkranken kleine Kinder an Leukämie, gerade auch in Niedersachsen. Die Ursache ist bis heute nicht geklärt. Was aber tut Ihr zuständiger Umweltminister? - Er trumpft im Asse-Untersuchungsausschuss erst einmal richtig auf und stellt dar, wie er die Asse eigentlich gerettet hätte. Er wusste zwar von nichts, aber gekümmert hat er sich immerhin, so sagt er. Das sagt er, obwohl er der oberste Atomaufseher in diesem Land ist. Das hat ihn allerdings nie wirklich bekümmert. Dass es seine Aufgabe gewesen wäre, die Missstände in der Asse im Rahmen seiner Tätigkeit zu entdecken, aufzudecken und aufzuarbeiten, sagt er leider nie.

Kolleginnen und Kollegen, es geht um die Gefährdung von Menschen. Daher brauchen wir interdisziplinäre Forschung, die sich mit den Folgen dieser unheiligen Technik befasst. Auch die von Ihnen als schwach bezeichnete Strahlung kann, wenn man ihr auf Dauer ausgesetzt ist, verheerende Folgen haben. Hierüber gibt es kaum Erkenntnisse in Deutschland. Gerade in Niedersachsen, wo Tausende von Tonnen schwach, mittel- und hoch radioaktiver Müll auf den Höfen der Atomkraftwerke in Gorleben oder eben auch in der Asse lagern, ist es wichtig, dass wir die Auswirkungen der von dort ausgehenden Emissionen kennen. Wir fordern Sie daher mit Nachdruck auf, die Strahlenforschung in Niedersachsen mit der notwendigen finanziellen Unterstützung interdisziplinär aufzubauen.

Verehrte Damen und Herren von CDU und FDP, der von Ihnen vorgelegte Umwelthaushalt stellt keine Zukunftsperspektive dar. Von daher werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Wenzel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Umweltminister, diese Tage und Wochen stehen im Zeichen der Konferenz von Kopenhagen, einem Ereignis, wie es wohl nie zuvor stattgefunden hat. 192 Staaten dieser Erde unterhalten sich mehr als zwei Wochen lang über die Frage, wie wir den Klimaschutz vorantreiben und ein globales Regime zum Klimaschutz finden können.

Eines ist klar: Wir brauchen globale Verabredungen, aber wir brauchen vor allen Dingen Selbstverpflichtungen bis hinunter in jedes einzelne Gemeinwesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gilt an vorderster Stelle auch für eine Gebietskörperschaft wie das Land Niedersachsen. Es reicht nicht, Herr Minister Sander, wenn Sie einen Beschluss der Umweltministerkonferenz unterstützen, der besagt, die Klimaziele der Bundesregierung seien gut, aber nicht zugleich auch sagen: Ja, wir nehmen diese Aufgabe als ganz zentrale Herausforderung an und werden alles tun, um diese Ziele auch in unserem ureigensten Verantwortungsbereich hier in Niedersachsen unmittelbar umzusetzen.

Wir werden diese engagierten Klimaziele nicht erreichen, wenn wir, wie Sie hier heute Morgen erklärt haben, erst 2012 zu einer Klimastrategie kommen. Dann sind schon drei Jahre der Zeit vergangen, die uns bis 2020 noch bleibt.

Meine Damen und Herren, diese Selbstverpflichtung und eine wirklich engagierte Herangehensweise an dieses Thema sind die Kernpunkte. Wir erleben immer wieder, dass auf den globalen Konferenzen nur das beschlossen wird, was vorher an der Basis durch die Menschen vor Ort im alltäglichen Leben machbar gemacht wurde, was Menschen durch ihr unmittelbares Handeln erreicht haben: durch Investitionen in Solarenergie, in Blockheizkraftwerke, in Windkraft, in Bioenergie-

dörfer und viele andere Maßnahmen, die Sie kennen.

Im Haushalt finden wir leider keine Zeichen für ein engagiertes Vorgehen. Bei den etwas größeren Summen handelt es sich nur um Durchleitungsposten, etwa aus dem EFRE-Bereich oder aus dem Konjunkturpaket II. Dort, wo eigenes Landesgeld angefasst wird, geht es nur um sehr geringe Summen, und Ihre Sparhaushaltsstelle wird jetzt auch noch ein wenig umverteilt auf mehrere andere Haushaltsstellen.

Mir fehlt das, was ich von einem Umweltminister in dieser Zeit erwarte, Herr Sander, dass nämlich richtig kraftvoll ein Plan angepackt und hier im Parlament auch um die richtigen Maßnahmen, um das, was jetzt getan werden muss, gestritten und gerungen wird.

Sie sagen, Ihre Kommission arbeitet. Leider arbeitet sie im Verborgenen und nicht in öffentlichen Sitzungen mit öffentlichen Diskussionen. Eine solche Debatte gehört aber hier ins Parlament.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Stattdessen bringen Sie auch noch kontraproduktive Maßnahmen auf den Weg. Sie sagten hier heute Morgen, dass Sie selber keine Kohlekraftwerke bauen. Das hatten wir auch nicht unterstellt, Herr Minister Sander. Aber Sie unterstützen und fördern als Land aus verschiedenen Töpfen den Bau von Kohlekraftwerken. Sie bringen damit Projekte auf den Weg, die aus meiner Sicht kontraproduktiv sind.

(David McAllister [CDU]: In Borkum?)

Sie als Landesregierung fördern den Neubau von Autobahnen oder den massenhaften Ausbau industrieller Tierhaltung - alles Dinge, die wir vor dem Hintergrund dessen, was uns erwartet, überdenken müssen. Wir werden unsere Art zu leben und zu wirtschaften ganz energisch auf den Prüfstand stellen müssen. An ganz vielen Stellen werden Veränderungen notwendig sein. Das muss nicht zum Schlechten sein, in vielen Bereichen wird auch ein Gewinn an Lebensqualität die Folge sein. Fakt ist aber: Die Welt hat ein globales Bewusstsein dafür entwickelt, dass wir nicht so weitermachen können wie bisher.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen nun, Herr Sander: Alles, was wir hier tun, ist egal; wir haben ja das Emissionshandelssystem, ein marktwirtschaftliches Instrumentarium.

- Wenn es dabei um marktwirtschaftliche Ansätze geht, müsste die FDP doch eigentlich mitziehen. Aber leider wieder Fehlanzeige.

(David McAllister [CDU] hält ein Fotohandy hoch.)

- Herr McAllister dreht gerade ein Video, oder wie soll ich das verstehen?

(David McAllister [CDU]: Ich habe gerade ein Foto geschossen! - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Er twittert! - Wolfgang Jüttner [SPD]: Das stellt er ins Netz; da kannst du sicher sein!)

Fehlanzeige bei der FDP leider auch dann, wenn es um marktwirtschaftliche Instrumente geht.

Meine Damen und Herren, die FDP will energieintensive Branchen langfristig vollständig freistellen. Sie wollen gerade diejenigen, die getroffen werden sollen, die sich stärker für den Klimaschutz engagieren sollen, aus dem ETS-System herausnehmen. Hocheffiziente industrielle Energieerzeugungsanlagen wollen Sie langfristig ebenfalls vollständig kostenfrei stellen. Ich weiß gar nicht, wer Ihrer Meinung nach überhaupt noch im Emissionshandelssystem verbleiben soll. Das System wird löcherig wie ein Schweizer Käse, und es wird am Ende nicht funktionieren. Das ist bedrohlich, meine Damen und Herren.

Bei den Förderprogrammen gibt es Peanuts aus dem Landeshaushalt, das Erneuerbare-Energien-Gesetz stellen Sie infrage, beim Emissionshandelssystem propagieren Sie Maßnahmen, die die Wirkung neutralisieren. Auch in der Ordnungspolitik - man könnte beispielsweise Effizienzgrenzen oder Laufzeitbeschränkungen für nicht ausreichend effiziente Anlagen vorschreiben - ist Fehlanzeige, und Sie verweigern die zeitnahe Vorlage eines eigenen Konzepts hier im Landtag.

Stattdessen propagieren Sie Atomkraft mit dauerhaften Subventionen auf hohem Niveau, hingegen keine Degression bei den Subventionen wie bei den erneuerbaren Energien. Gleichzeitig räumen Sie den Konzernen Sicherheitsrabatte ein, verweigern die Übernahme und eine verbindliche Einführung der neuen Sicherheitsrichtlinien und setzen stattdessen auf eine Anwendung auf Probe. Wer hätte das gedacht, meine Damen und Herren? Das ist doch tatsächlich ein Witz. Man kann im Atomkraftwerk doch keine Sicherheitsrichtlinien auf Probe anwenden! Schließlich wollen Sie noch die Laufzeiten verlängern und sich diese Verlängerung auch noch abkaufen lassen.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir wollen Sicherheit statt Knete. An dieser Stelle Geschäfte zu machen, ist meines Erachtens absolut unverantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ausgerechnet die ältesten und unsichersten Atomkraftwerke würden dann länger laufen. Die Verunsicherung, die Sie damit in den Markt tragen, Herr Sander, ist eine wahre Wachstumsbremse für Investitionen in erneuerbare Energien und in Effizienztechnologie.

Meine Damen und Herren, Umwelt und Naturschutz waren lange Mauerblümchen, aber das hat sich geändert. Heute zählen Umwelt und Naturschutz zu den knallharten wirtschaftspolitischen Themen und stellen eine zentrale Zukunftsfrage dar, die mit unseren Lebensgrundlagen und mit der Frage, wie unsere Kinder künftig leben können, zu tun hat.

Ökologie und Ökonomie haben denselben Ursprung, denselben Wortstamm: Oikos, das gemeinsame Haus, so heißt das in der Bibel. Das hat der Umweltminister bis heute nicht im Blick, leider mit fatalen Folgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Klimawandel und die Verschiebung der Klimazonen drohen den schon dramatischen Artenschwund noch zu beschleunigen. Keiner soll glauben, die einzelne Art, die man nicht immer so im Blick hat, spiele am Ende keine Rolle. Die Vielfalt der Natur ist am Ende unser aller Lebensversicherung, der Garant für unsere Lebensgrundlagen. Albert Einstein hat einmal gesagt: „Wenn die Biene stirbt, dann hat der Mensch noch drei bis vier Jahre zu leben.“ Dieser Satz hebt die Bedeutung auch einer einzelnen Art in besonderer Weise hervor und macht deutlich, dass es eben nicht egal ist, ob wir uns um die Artenvielfalt kümmern oder nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Ihnen, Herr Umweltminister Sander, sind der Klimaschutz und die Energiepolitik und auch der Naturschutz nicht gut aufgehoben. Ihr Haushalt ist ein Dokument für mangelndes und falsches Engagement. Deshalb werden wir diesen Teilhaushalt genauso wie den Gesamthaushalt ablehnen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Bäumer von der CDU-Fraktion das Wort.

Martin Bäumer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im letzten Jahr habe ich am Ende meiner Haushaltsrede gesagt: Die Natur braucht uns nicht, aber wir brauchen die Natur. - Ich will die Sammlung der Zitate um ein weiteres ergänzen: Alles Natürliche ist einfach, billig und leise. - Sie kennen das schon, meine sehr geehrten Damen und Herren. Aber das, was Herr Wenzel hier vorhin vorgetragen hat, war weder leise noch natürlich; es war unnatürlich. Herr Wenzel, ich hätte erwartet, dass Sie auf die Haushaltsanträge Ihrer Fraktion eingehen. Das sind aber wahrscheinlich so viele, dass Sie das gar nicht mehr konnten.

(Clemens Große Macke [CDU]: Und die waren nicht gut!)

Ich möchte ausdrücklich der Kollegin Emmerich-Kopatsch danken. Ich bin begeistert von Ihnen, Frau Emmerich-Kopatsch, weil Sie die Sprachlosigkeit, die Sie im Ausschuss noch hatten, heute überwunden haben. Im Ausschuss waren die Haushaltsberatungen so schnell zu Ende, wie ich es mir gar nicht vorstellen konnte. Damals haben Sie von Herrn Jüttner wahrscheinlich einen Maulkorb verpasst bekommen. Den hat er Ihnen heute abgenommen. Deshalb bin ich ganz froh. Aber trotzdem bin ich nach allem, was Sie hier vorgetragen haben, nicht schlauer geworden.

(Beifall bei der CDU)

Heute, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein guter Tag für Umwelt und Naturschutz in Niedersachsen. Heute beraten wir einen Umweltaushalt, der eine ganze Reihe von Schwerpunkten enthält, die ich Ihnen gern im Detail erläutern möchte.

Lassen Sie mich zunächst aber die Gelegenheit nutzen, mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz für die Unterstützung bei der Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2010 zu bedanken. Sie haben uns in allen Fragen weiter geholfen, haben uns im Rahmen unserer Klausurtagung in Königskrug im schönen Oberharz Rede und Antwort gestanden und uns auch bei den Punkten unterstützt, bei denen CDU und FDP im Rahmen der Haushaltsanträge Schwerpunkte setzen werden. Dafür

möchte ich mich bei Ihnen auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen des CDU-Arbeitskreises Umwelt und Klimaschutz ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Unruhe)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, bevor Sie sich weiter bedanken, möchte ich herzlich um etwas mehr Ruhe im Plenarsaal bitten. - Das gilt auch für den Kollegen Aller. - Bitte!

Martin Bäumer (CDU):

Dieser offene Austausch, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist einer der vielen Bausteine im Fundament des Umwelthaushalts 2010. Darauf lässt sich nach unserer Auffassung auch für das Jahr 2011 aufbauen, wenn das finanzpolitische Wetter dort draußen einmal stürmischer werden sollte.

Der Haushalt des Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz weist für das kommende Jahr ein Einnahmevermögen in Höhe von 253,5 Millionen Euro aus. Dies sind 15 Millionen Euro weniger, als für 2009 geplant waren. Das liegt im Wesentlichen daran, dass die Zuführungen aus dem Aufbaufonds Elbe im Jahr 2010 geringer als in den Vorjahren und auch zum letzten Mal fließen werden. Der Bestand des Fonds ist dann aufgebraucht.

Unverändert sind hingegen die Einnahmen aus der Abwasserabgabe in Höhe von 33 Millionen Euro und die Einnahmen aus der Wasserentnahmegebühr in Höhe von 60 Millionen Euro.

Korrespondierend mit den Einnahmen sinken auch die Ausgaben. Der Ansatz für 2010 in Höhe von 386,8 Millionen Euro liegt 12,6 Millionen Euro unter dem Ansatz von 2009. Trotz des gesunkenen Volumens ist aber auch dieser Haushalt ein starker Beleg dafür, wie gute Umweltpolitik in Niedersachsen *mit* den Menschen und nicht immer nur *gegen* die Menschen gemacht werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Dabei stehen längst nicht alle umweltpolitischen Maßnahmen im Einzelplan 15. So sind aus den Mitteln des Konjunkturpaketes II für die Jahre 2009 und 2010 im Umweltbereich folgende Schwerpunkte gesetzt worden: Es gab 9,3 Millionen Euro für den Hochwasserschutz, 5,6 Millionen Euro für die Sanierung von Altlasten und 3 Millionen Euro für die energetische Sanierung von Gebäuden. Alleamt gute Maßnahmen für die Umwelt in Nieder-

sachsen und ein Beleg dafür, dass die Landesregierung weiß, wo Mittel aus dem Konjunkturpaket sinnvoll Nutzen stiften können.

Herausragend sind auch im Jahr 2010 die Mittel, die das Land Niedersachsen für den Küstenschutz zur Verfügung stellt: 61,6 Millionen Euro im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, 3,3 Millionen Euro an Fördermitteln aus dem europäischen EFRE-Topf und 3,6 Millionen Euro an Fördermitteln aus dem ELER-Programm. Das sind deutliche Akzente für Schutzmaßnahmen an unserer Nordseeküste und ein weiterer Beweis dafür, dass CDU und FDP in Niedersachsen die Menschen hinter den Deichen nicht dem Meer überlassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir von der CDU bauen nicht nur Deiche des Mutes gegen die Fluten der Furcht, wie es Martin Luther King einmal formuliert hat, sondern wir tun auch ganz konkret etwas für den Küstenschutz. Wenn Sie mitgerechnet haben, dann kommen Sie wie ich auf einen Betrag von 68,5 Millionen Euro, den das Land Niedersachsen im nächsten Jahr für den Küstenschutz einsetzen wird. Das ist ein großartiger Betrag, mit dem sich viel bewegen lässt. Für den Hochwasserschutz im Binnenland sind im Haushalt 2010 folgende Mittel vorgesehen: 500 000 Euro für Hochwasserschutzkonzepte der Kommunen und Entlastungen bei den Zinsaufwendungen der Verbände, 8,855 Millionen Euro aus dem GAK-Programm sowie die schon erwähnten 7,8 Millionen Euro für die Deiche an der Elbe.

Das sind weniger Haushaltsmittel als im Jahr 2009. Aber bei ganzheitlicher Betrachtung dürfen wir die Mittel aus dem Konjunkturpaket II nicht vergessen, die zu diesen Beträgen noch hinzuaddiert werden müssen, wenn man kompetent über Hochwasserschutz diskutieren möchte. So konnten mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II im kommunalen Förderschwerpunkt Hochwasserschutz sinnvolle Maßnahmen wie die Erneuerung der Spundwand im Hafen Rüsterei bei Wilhelmshaven mit 1,2 Millionen Euro oder die Erneuerung des Schöpfwerkes Hemmer Schleusenfleth an der Mündung der Gewässer Schleusenfleth und Oste gefördert werden.

Für die Umsetzung der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie ist in diesem Haushalt erstmals ein Betrag von 310 000 Euro vorgesehen. Damit sind wir völlig im Zeitplan; denn bis zur Mitte des Jahres 2012 sind die entsprechenden Umweltziele zum Schutz des Meeres zu definieren. Bis 2014 muss

ein Überwachungsprogramm hergestellt werden. Bis spätestens 2016 muss mit Maßnahmen begonnen werden, und bis zum Jahr 2020, meine Kolleginnen und Kollegen von der linken Seite, soll ein guter Zustand der Meeresgewässer erreicht werden.

Für die Zuweisungen an die Unterhaltungsverbände für die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung - § 104 des Wassergesetzes - sind wie im Jahr 2009 auch für 2010 wieder 750 000 Euro veranschlagt. Diese Zahl stand in diesem Jahr bereits im Entwurf des Haushaltsplans, sodass wir sie nicht in die politische Liste aufnehmen mussten. Für besondere Maßnahmen der Deichverbände sind auch im kommenden Jahr 1,35 Millionen Euro vorgesehen.

Im Rahmen der Gewerbeaufsicht wird der Ansatz für Ersatzvornahmen um 140 000 Euro nochmals angehoben. Für den Ausbau der Kommunikationstechnologie sind ebenfalls weitere 100 000 Euro vorgesehen.

Besonders am Herzen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liegt uns als CDU-Fraktion auch im kommenden Jahr der Schutz von Umwelt und Natur.

(Zustimmung von Ursula Körtner [CDU])

Hier sind die Ansätze für das Jahr 2010 nochmals erhöht worden, was wir hervorragend finden. So gibt es für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen sowie für Investitionen im Harz insgesamt 298 000 Euro mehr.

(Beifall bei der CDU)

Der Nationalpark Harz ist eines der herausragenden FFH- und Vogelschutzgebiete in Niedersachsen. Mit diesen 298 000 Euro werden dort ganz konkrete Projekte zur Wiederansiedlung von nachgezüchteten Auer- und Haselhühnern und für die Stabilisierung von boden- und höhlenbrütenden Vogelarten wie Schwarzstorch, Raufußkauz oder Sperlingskauz gefördert.

(Beifall bei der CDU)

Ebenfalls erhöht haben wir die Mittel für Pflege-, Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen im Nationalpark Wattenmeer, und zwar um 200 000 Euro. Hier geht es um so sinnvolle Investitionen wie den Schutz feuchter Dünentäler oder der atlantischen Salzwiesen, wo neue Maßnahmen zur Vermeidung von Treibsel angepackt werden sollen. Auch außerhalb der Nationalparke haben wir die Maßnahmen verstärkt, ein weiteres Zeichen dafür, dass uns als CDU die Natur am Herzen liegt, auch wenn

wir bei den Diskussionsveranstaltungen mit Ihnen draußen manchmal einen anderen Eindruck vermittelt bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Die vorgenannten Punkte waren allesamt Punkte aus dem Haushaltsplanentwurf 2010. Ich kann Ihnen für meine Fraktion erklären, dass wir voll und ganz hinter diesen Ansätzen stehen. Die CDU-Fraktion - das möchte ich an dieser Stelle betonen - steht übrigens auch voll und ganz hinter Umweltminister Hans-Heinrich Sander,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

dem ich für die gute Zusammenarbeit in diesem und ganz bestimmt auch im nächsten Jahr ganz herzlich danken möchte. Aber Fraktionen wären nicht Fraktionen, Frau Kollegin Somfleth, wenn sie nicht auch eigene Ideen für den Haushalt entwickeln würden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Davon möchte ich Ihnen nun berichten.

(Anhaltende Unruhe)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, Sie können dann berichten, wenn es ruhiger geworden ist. - Das scheint jetzt der Fall zu sein. Bitte schön!

Martin Bäumer (CDU):

Danke schön. - Schon frühzeitig, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist an uns der Wunsch herangetragen worden, die Zahl der Plätze im FÖJ zu erhöhen. Wir haben uns fraktionsübergreifend intensiv mit diesem Wunsch auseinandergesetzt und schlagen dem Landtag nun vor, die Anzahl der Plätze um weitere 20 zu erhöhen.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]:
Sehr gut!)

Zusätzlich zu den 20 Plätzen im Ganztagsschulbereich, die nach dem Auslaufen des dreijährigen Modellversuchs zukünftig von der Bingostiftung übernommen werden, sind das 40 Plätze, die über den bisherigen Ansatz hinaus im kommenden Jahr zur Verfügung stehen werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Damit - das FÖJ war ja eine CDU-Erfindung - unterstreichen wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bedeutung, die das FÖJ in und für Niedersachsen hat, und nehmen einen Teil der

Erhöhung der Zahl der Plätze vorweg, die mit Blick auf den doppelten Abiturjahrgang im Jahr 2011 nötig sein wird.

Ich kündige schon an dieser Stelle an, dass wir uns auch bei den kommenden Haushaltsberatungen dafür einsetzen werden, die Anzahl der FÖJ-Plätze weiter zu erhöhen. Die Frage muss dann aber sein, wo diese weiteren FÖJ-Plätze im Ganztags schulbereich etabliert werden. Denn die Mittel, die wir momentan aufwenden, fließen ja zu einem bestimmten Teil in die Ganztags schulen. Wir können uns vorstellen, diesen Bereich weiter auszubauen. Denn das Modell FÖJ an Ganztags schulen ist eine Kombination von Umwelt und Bildung, die mehr als sinnvoll ist.

(Zustimmung bei der CDU)

FÖJ-Teilnehmer unterstützen Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen und bringen unseren Kindern viel Wissenswertes über die Umwelt bei. Besser geht's doch gar nicht! Davon profitieren die Schulen und auch die Kinder; denn was Hänchen schon gelernt hat, meine sehr geehrten Damen und Herren, das muss Hans nicht mehr lernen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: So ist es!)

Auf unseren Vorschlag hin wird aber noch mehr getan. So werden die Mittel für das UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer um 500 000 Euro erhöht. Wir freuen uns darüber, dass der UNESCO-Rat den Nationalpark Wattenmeer als UNESCO-Weltnaturerbe ausgezeichnet hat. Wir sind davon sehr begeistert. Um den hohen Ansprüchen, die damit verbunden sind, auch zukünftig Rechnung tragen zu können und das Weltnaturerbe zu sichern und zu erhalten, stellen wir weitere 500 000 Euro zur Verfügung.

500 000 werden aber auch für das Monitoring der Nordsee zur Verfügung gestellt, ein Verbundprojekt von Umweltministerium und Wissenschaftsministerium, womit ein guter Gewässerzustand für die Nordsee erreicht werden soll. Ich kann Ihnen damit belegen, dass der Meeresschutz für das Land Niedersachsen eine ganz hohe Bedeutung hat.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Unter dem Stichwort „Globaler Klimawandel - Wasserwirtschaftliche Folgenabschätzung für das Binnenland“ werden weitere 332 000 Euro fließen.

Die Veränderung des Klimas, meine sehr geehrten Damen und Herren, führt auch in Niedersachsen zu wasserwirtschaftlichen Veränderungen. Mit diesem Projekt wollen wir in den kommenden zwei Jahren im Wesentlichen die Bewertung der regionalen Klimaentwicklung, die Bewertung der Auswirkungen des Klimawandels auf den Wasserhaushalt sowie Klimawandelszenarien für das Hochwasser- und Niedrigwassermanagement untersuchen. Für die Umsetzung dieses Projektes stehen in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 664 000 Euro bereit. Sie werden mir recht geben, dass auch dieses Geld sinnvoll angelegt ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Clemens Große Macke [CDU]: Da geben wir dir recht!)

Für wenig sinnvoll halte ich die vorliegenden Vorschläge - damit möchte ich mich heute Abend relativ kurz befassen -

(Zustimmung bei der SPD)

- das vergeht Ihnen noch! - der Landtagsfraktionen der Grünen, der Linken und der SPD.

(Oh! bei der SPD - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Die Grünen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wollen nämlich die Zuschüsse an private Unternehmen und die Landwirtschaftskammer für gewässerschutzorientierte Maßnahmen komplett streichen. Das kann ich gar nicht verstehen, wenn ich daran denke, was Sie hier immer so erzählen. Sie wollen vor allem auch die Bekämpfung der Bisamratten einstellen.

(David McAllister [CDU]: Was! Unglaublich! - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Auf Rattenjagd?)

Herr Wenzel, das passt doch nicht zusammen! Auf der einen Seite machen Sie uns Angst vor einem immer weiter steigenden Meeresspiegel. Sie wollen, dass der Umweltminister Geld in die Hand nimmt, um die Deiche zu erhöhen. Auf der anderen Seite wollen Sie diese kleinen Bisamratten nicht bekämpfen, die die Deiche kaputt machen. Das funktioniert nicht, Herr Wenzel. Da hätten Sie besser nachdenken müssen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von der SPD: Es lebe die Bisamratte! - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Wir jagen die Ratten! - Gerd Ludwig Will [SPD]: Was ist mit

der Nutria? Können Sie dazu auch was sagen? - Weitere Zurufe von der SPD und der CDU)

Die Linke, meine sehr geehrten Damen und Herren, will Ladestationen - - -

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, nehmen Sie sich wieder ein bisschen Zeit, bis es ruhiger ist. - Bitte schön!

Martin Bäumer (CDU):

- - - für Elektroautos fördern, was nach meiner Auffassung eine Aufgabe derjenigen sein müsste, die den Strom verkaufen wollen. Über Elektroautos, Herr Herzog, könnte man ja reden. Aber ich bin in dieses Thema intensiv eingestiegen, und mir ist bis jetzt noch kein Auto untergekommen, das sich zu kaufen lohnen würde. Denn bei dem Preis bleibt die Reichweite dieser Autos momentan noch deutlich hinter dem zurück, was normale Verbraucher erwarten.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Aber ökologisch wertvoll!)

Die SPD, Frau Kollegin Emmerich-Kopatsch, will pauschal 5 Millionen Euro in den Klimaschutz stecken.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Sehr vernünftig!)

Ich habe vorhin ganz interessiert gelauscht und gedacht, dass Sie vielleicht noch erklären, wofür das Geld sein soll.

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Gerne!)

Dazu habe ich nichts gehört. Das war Ihren Ausführungen nicht zu entnehmen. Und was bei Ihnen völlig gefehlt hat, war ein Vorschlag, wie die Maßnahmen, die Sie ergreifen wollen, finanziell gedeckt werden sollen. Auch da werden Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihrem Anspruch überhaupt nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Lassen Sie mich in der verbleibenden Zeit auf die Vorschläge von CDU und FDP zurückkommen: hohe Mittel für den Küstenschutz, hohe Mittel für den Hochwasserschutz, mehr Mittel für den Naturschutz, mehr Plätze für das Freiwillige Ökologische Jahr, mehr Mittel für das Wattenmeer, mehr Mittel für das Monitoring der Nordsee und mehr Mittel für

die wasserwirtschaftliche Folgenabschätzung des Klimawandels.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, CDU und FDP tun mehr für den Schutz von Umwelt und Natur. Wir setzen - darauf bin ich heute Abend nicht eingegangen - all die vielen guten Dinge fort, die sowieso schon im Haushalt stehen. Karl Heinrich Waggerl, ein Schriftsteller aus Österreich, der dort zu den meistgelesenen Autoren gehört, hat einmal gesagt: „Was du sagst, verweht im Wind. Nur was du tust, schlägt Wurzeln.“

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Sehr richtig!)

Die Politik von CDU und FDP in Niedersachsen hat im Umweltbereich Wurzeln geschlagen und wird dies auch weiterhin tun, das verspreche ich Ihnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Meyer von der SPD-Fraktion das Wort. Ihre Restredezeit beträgt 2:27 Minuten.

Rolf Meyer (SPD):

Oh, das ist aber wenig. Dann lasse ich ein bisschen was weg, das ist schon okay.

(Zustimmung bei der CDU - Ursula Ernst [CDU]: Geben Sie es doch zu Protokoll!)

Kollege Bäumer, der Spannungsbogen dessen, was Sie eben in buchhalterischer Art und Weise ausgeführt bzw. aufgezählt haben, war nach meinem Dafürhalten durchaus begrenzt. Sie haben uns noch nicht einmal darüber informiert, was denn nun mit dem Goldregenpfeifer wird. Das hätte uns ebenso brennend interessiert.

(Zustimmung und Heiterkeit bei der SPD)

Ich möchte noch einmal auf die Regierungskommission Klimaschutz eingehen. Das ist heute Morgen schon einmal Thema gewesen. So wie wir das verstehen, was da bislang gelaufen ist, ist das nichts anderes als eine Alibiveranstaltung für diese Landesregierung. Denn wir haben - und das weiß jeder - kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Das ist wohl auch der Grund, weshalb alle anderen Landesregierungen anders damit umgehen. Man könnte an dieser Stelle viel

mehr tun. Man muss sich nicht in Kommissionen und Arbeitskreisen verzetteln, um am Ende nach zwei Jahren irgendetwas zu produzieren, von dem man weiß, dass man es auch schon heute hätte machen können.

(Beifall bei der SPD)

Machen Sie doch einmal das, was Herr Schneidewind, der Leiter dieser Regierungskommission, heute schon selbst sagt. Herr Schneidewind hat in seiner Präsentation Folgendes formuliert: Die eigentliche Herausforderung ist jedoch der ökonomische, kulturelle und soziale Wandel und die Lösung von Verteilungsfragen.

Darüber sollten Sie einmal nachdenken. Da müssen Sie ansetzen. Sie tun es aber nicht. Sie verweigern es einfach.

(Zustimmung bei der SPD)

Bei Herrn Schneidewind heißt es dann weiter: Die frühzeitige Investition in umfassenden Klimaschutz ist zudem auch ökonomisch günstiger als weiteres Warten. - Genau das vermeiden Sie.

(Vizepräsidentin Astrid Vockert übernimmt den Vorsitz)

Ich will Ihnen noch einmal an einem Beispiel mehr Zeit habe ich leider nicht - deutlich machen, wie unsinnig die von Ihnen angestrebten längeren Laufzeiten von Kernkraftwerken sind. Da schreibt z. B. Herr Reck, der Geschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen, die Laufzeitverlängerungen dürften nicht die Bemühungen der Stadtwerke für mehr Wettbewerb unterlaufen. - Durch den ursprünglichen Atomausstieg war immerhin geplant, 20 000 MW installierte Kraftwerksleistung schrittweise vom Markt zu nehmen. Damit hätte man kommunale Unternehmen stärken können. Damit hätte man dezentralisieren können. Das wäre das Gebot der Stunde gewesen.

Mit Ihrer komischen Kernenergie Nummer, die Sie abziehen wollen, verlängern Sie die Probleme nur. Sie haben überhaupt nicht begriffen, wohin die Reise in Sachen Umweltschutz geht!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ihre ideologisch begründete Energiepolitik will wenigen Kernkraftwerksbetreibern Millionen zuschustern, sie wird aber nichts an der Ungerechtigkeitsverteilung bei der Produktion von Energie ändern. Weil das so ist, können Sie dann immer noch durch die Lande laufen und über die Preise,

über die vermeintlich niedrigen Preise von Atomstrom reden. Auch das ist doch schon längst ein Märchen. Wenn die Asse saniert werden wird, und das mit 2 Milliarden bis 4 Milliarden Euro zu Buche schlagen wird - so genau weiß das niemand -, werden wir erleben, wer das am Ende bezahlen muss. Insofern wäre es wirklich hilfreich, wenn die Landesregierung an der Stelle nun einmal endlich erkennen würde, dass es gilt, von Niedersachsen Schaden abzuwenden und nicht, die Belastung für Niedersachsen dauernd zu erhöhen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Ach, Rolf!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Meyer. - Für die FDP-Fraktion haben Sie, Herr Kollege Hocker, das Wort.

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der vorliegende Haushaltentwurf ist einerseits von einer sinnvollen und bedachten Akzentsetzung in Bereichen geprägt, die dem Umweltschutz und dem Klimaschutz nutzen, andererseits trägt er auch der angespannten Haushaltslage Rechnung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Weil Nachhaltigkeit unserer Meinung nach nicht nur eine ökologische Dimension hat, sondern auch ein ökonomisches Erfordernis ist, lieber Herr Meyer, legen wir besonderen Wert darauf, dass sich der Zuschussbedarf auf den durch den mittelfristigen Finanzplan im Jahre 2009 gesetzten Planungsrahmen begrenzt. Entsprechend kommt der vorliegende Entwurf mit um 12,6 Millionen Euro niedrigeren Ausgaben aus als der Etat des Jahres 2009. Im Jahre 2010 stehen 386,8 Millionen Euro an erwarteten Ausgaben 253,5 Millionen Euro an erwarteten Einnahmen gegenüber. Tatsächlich liegt der Zuschussbedarf um 2,4 Millionen Euro über dem von 2009. Dieser höhere Zuschussbedarf resultiert in erster Linie aus höheren Personalkosten.

Andererseits wird der Haushalt durch das Auslaufen des Ausbaufonds Elbe entlastet. Seit der Implementierung des Ausbaufonds Elbe sind über 120 Millionen Euro zur Deichsicherheit und für den

Hochwasserschutz eingesetzt und damit zum Schutze der Menschen in unserem Bundesland und ihres Eigentums verwendet worden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Trotz der angespannten Haushaltslage ist es gelungen, meine Damen und Herren, aus den Einnahmen aus der Abwasserabgabe und der Wasserentnahmegebühr nennenswerte Rücklagen zu bilden, die uns Handlungsspielräume für die Zukunft eröffnen.

Gestatten Sie mir, dass ich einige zentrale Punkte des Haushalts für das kommende Jahr hervorhebe. Unser Entwurf sieht insgesamt 28 Stellen bei den Gewerbeaufsichtsämtern vor, wovon allein 24 Stellen mit der Überwachung der Ruhe- und Lenkzeiten im gewerblichen Güter- und Personenverkehr betraut sind, womit die Sicherheit auf den niedersächsischen Straßen weiter verbessert wird.

Im kommenden Jahr werden wir uns außerdem weiterhin verstärkt unseren Nationalparks, insbesondere dem Weltnaturerbe Wattenmeer und der Nordsee, widmen. Insgesamt stehen allein für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in den Nationalparks jeweils 200 000 Euro mehr zur Verfügung, als das in 2009 der Fall gewesen ist.

Zusätzlich stellen wir dem Niedersächsischen Wattenmeer 500 000 Euro mehr zur Verfügung, um den gestiegenen Anforderungen durch die Anerkennung als Weltnaturerbe zu entsprechen.

Im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie konzentrieren wir uns bei den Oberflächengewässern zum einen auf die Durchgängigkeit für Fische und aquatische Kleinstlebewesen und zum anderen auf die Beseitigung struktureller Defizite bei der Beschaffenheit der Oberflächengewässer.

Der Nitratbelastung im Grundwasser wollen wir mit einer Kombination aus Ordnungsrecht und freiwilliger Vereinbarung begegnen. Auch hier werden wir Umweltschutz unter Einbeziehung der handelnden Personen durchsetzen, weil wir hiermit viel mehr Akzeptanz erreichen als durch Verbote und Sanktionen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die im Jahre 2008 vom Europäischen Parlament verabschiedete Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie findet ebenfalls Berücksichtigung in unserem Haushaltsplanentwurf. Diese Richtlinie schreibt vor, bis 2020 einen guten Zustand der Meeresumwelt zu erhalten oder zu erreichen. Hierfür werden

im kommenden Jahr erstmals über 310 000 Euro zur Verfügung gestellt werden.

Besondere Bedeutung besitzt auch im kommenden Jahr der Küsten- und Hochwasserschutz für uns. Innerhalb des Küstenschutzes stehen jährlich 10 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung, nachdem der Bund auf Initiative der norddeutschen Bundesländer den Sonderrahmenplan „Maßnahmen des Küstenschutzes in Folge des Klimawandels“ aufgelegt hat. Insgesamt stehen für den Küstenschutz damit 69 Millionen Euro zur Verfügung, sodass die nach dem Generalplan Küstenschutz vorgesehenen Maßnahmen erfreulicherweise vorgezogen werden können. Auch für den Hochwasserschutz stehen im Jahre 2010 im Rahmen des Konjunkturpakets II zusätzliche Mittel in Höhe von 10 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Mittel für neue und erneuerbare Energien sind um 2 Millionen Euro gesenkt worden, und zwar um eben diese 2 Millionen Euro für Klimaschutz und Nachhaltigkeit einsetzen zu können. Gemeinsam mit den niedersächsischen Kommunen und dem Sozialministerium werden wir einen Wettbewerb zu dem Thema „Klimakommune 2010“ initiieren. Außerdem planen wir für 2010 den Start der Landesinitiative „Altbausanierung (energetische Sanierung und Einsatz erneuerbarer Wärmeenergien)“.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Insgesamt reduzieren wir die Ausgaben um 12,6 Millionen Euro. Gleichzeitig investieren wir umfassend in den Küsten- und Hochwasserschutz, fördern den Klimaschutz, unterstützen unsere Nationalparke in noch größerem Maße als in der Vergangenheit und legen damit einen Haushaltsentwurf vor, der einerseits zukunftsgerichtete Investitionen beinhaltet und andererseits gleichzeitig der mittelfristigen Finanzplanung Rechnung trägt. Dies ist nur möglich, weil kluge und bedachte Umweltpolitik mit den Menschen funktioniert und deshalb mit weniger Geld auskommt als von oben verordnete Umweltpolitik. Deshalb bitte ich Sie herzlich um Ihre Unterstützung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ganz herzlichen Dank, Herr Hocker. - Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Herr Herzog zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der LINKEN)

Kurt Herzog (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seriöse Haushaltsführung ist Klarheit und Wahrheit. Der Haushalt ist Spiegel von Regierungshandeln. Er deckt eben auch auf, was eine Regierung versteckt, was sie verschiebt, ob sie ihren Sonntagsreden und bunten Broschüren auch Taten folgen lässt, ob sie die drängenden Handlungsaufträge erfasst hat oder nur mit klitzekleinen Merkposten versieht - Feigenblätter für die unterbelichteten Stellen im Haushalt.

Ministerpräsident Wulff sagte vor einem Jahr Folgendes:

„Allein für Deutschland sind in den kommenden 50 Jahren Aufwendungen von ca. 800 Milliarden Euro notwendig, um Klimaschäden zu beheben und Anpassungsmaßnahmen zu finanzieren.“

Abgesehen davon, dass diese Zahl viel zu niedrig gegriffen ist, und er auch nicht sagt, wer das bezahlt, betätigte er sich nicht als klimapolitischer Mahner und als treibender Motor im Wettlauf zur Rettung dieses Planeten. Nein! Er warnte schlicht vor den Zusatzbelastungen für die deutsche Wirtschaft und verlangte unisono mit den Lobbyisten der Chemiebranche freie Emissionsrechte für energieintensive Branchen. Kein Quäntchen Einsicht für die Notwendigkeit, das Steuer solidarisch herumzureißen, weil immer noch das Grundverständnis für den drohenden globalen Kollaps fehlt. Das ist Protektionismus pur!

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, kaum eine Regierung hat wie diese immer wieder das Ehrenamt in den Fokus gestellt. Der Umweltminister behauptet immer, im engen Kontakt mit den Verbänden Lösungen zu suchen. Er kann jetzt an dieser Stelle auf Durchzug schalten. Aber hohe Funktionäre der Umweltverbände befürchten, dass der Umgang des Umweltministeriums mit ihren Aktiven vor Ort dazu führen wird, dass das labile Vertrauen, das über Jahrzehnte mühsam aufzubauen versucht wurde, innerhalb weniger Jahre eingerissen wird, was langfristig gravierend negative Folgen haben wird. Dafür gibt es keine Haushaltspostion, aber die Effizienz eingesetzter Mittel leidet kolossal.

(Beifall bei der LINKEN)

Ja, Herr Sander, der Letzte macht das Licht aus. Das werden nicht Sie sein, das werde nicht ich

sein, aber das wird vielleicht mein Sohn oder Ihr Enkel sein. Während Sie noch mit Meeresspiegelanstiegen im Zentimeterbereich rechnen und als strammer Deichhauptmann posieren, wölbt sich am Horizont schon ein Tsunami auf. Dabei ist es fast egal, ob er 7 m oder nur 2 m hoch sein wird - kein Deichbollwerk wird die Norddeutsche Tiefebene retten können.

(Beifall bei der LINKEN)

Grönland verlor in acht Jahren 1 500 km³ Eis. Ich verschließe vor solchen Fakten nicht die Augen, auch nicht vor den beinahe verzweifelten Aktionen der zuerst betroffenen Länder. Es zeugt von realisiertem und tiefem Verstehen überfälligen Handelns, wenn die Regierung der Malediven ihre Regierungsgeschäfte 6 m unter dem Meeresspiegel versieht, während die Industrienationen - ja, auch Niedersachsen, Herr Wulff, Herr Sander weiter auf hohem Ross kauern.

(Beifall bei der LINKEN)

Seit Rio 1992 ist der globale CO₂-Ausstoß um 41 % gestiegen, seit dem Jahr 2000 mit verdreifachter Geschwindigkeit. Schlimmer aber noch sind die Prozesse, die daneben ablaufen, die sich gegenseitig beschleunigen wie die sich verringern- de Fähigkeit der Natur zur Aufnahme von CO₂.

Meine Damen und Herren, ein unverdächtiger Kronzeuge ist die Versicherungswirtschaft. Die Zahl der Schadensereignisse hat sich in Deutschland seit 1970 vervierfacht, die Schadenssumme verdreifacht. Sie empfiehlt folgende Strategie: Erhöhung der Selbstbehalte und angepasste Werbestrategien. Im Klartext: Wer nahe am Wasser wohnt, bezahlt eine höhere Prämie und wird vertrieblich nicht mehr so aktiv beworben wie diejenigen, bei denen die entsprechenden Risiken unwahrscheinlich sind.

Herr Sander, Sie sind Klimaschutzminister und nicht Klimaschmutzminister.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Zeit der Symptombdiktorspiele ist endgültig vorbei. Vollziehen Sie einen Klimawandel bei Ihnen im Kopf! Werden Sie altersweise wie Heiner Geißler und Klaus Töpfer!

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Erinnern Sie sich noch an den Hardliner-Umweltminister der 90er-Jahre, der jetzt den Industrienationen Buchungstricks vorwirft, der damit geißelt,

dass die ihre Zahlungen an die sogenannten Entwicklungsländer für die von ihnen selbst zu verantwortenden Umweltschäden einfach gegen ihre jährlichen Überweisungen aufrechnen? Das ist ein Nullsummenspiel für die Taschenspieler aus Washington, London, Paris und Berlin.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung von Stefan Wenzel [GRÜNE])

Herr Klimaminister, Ihre wenigen Leuchttürme müssen zur Regel werden. Schaffen Sie als Erstes eine neue Haushaltsstelle mit dem Titel „Fortbildung des Ministers in Klimafragen“!

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Verbinden Sie damit meinerwegen eine Dienstreise auf die Malediven. Reservatsdenken und Protektionismus reichen nicht mehr. Dann fegt der unweigerliche Klimatsunami Ihre mageren Alibiversuche im Artenschutz einfach weg. Ihr Aussitzen und Zögern sind die Schulden von morgen so wie bei der Asse und den anderen Altlasten. Starten Sie endlich Kampagnen! Kaufen Sie meinerwegen Mario Barth für den Slogan „Klima - das ist mein Laden“! Wirken Sie auf Lehrpläne ein! Bringen Sie über Schönemanns Kommunalaufsicht endlich 100 % Umwelt in kommunales Handeln!

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn schon Leuchttürme, dann fangen Sie bei Ihrem Dienstwagen an, am besten als Testfahrer des Einliterautos von VW!

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wenn Sie ohne Landtagsneubau nicht glücklich werden, dann aber bitte schön als CO₂-neutrale Immobilie!

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Sander, Sie brauchen auch nicht mit Ihren Kohlefingern auf die USA zu zeigen. Drei dreckige Finger zeigen auf Sie zurück. Fahren Sie nach Kopenhagen, verteidigen Sie dort Ihre Klimaschmutzpolitik, Ihre vielen neuen Kohlekraftwerke, die Niedersachsen zum CO₂-Land Nummer eins machen!

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Das ist wirklich unerträglich!)

- Das glaube ich, dass das in Ihren Ohren unerträglich ist.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Die Wahrheit ist manchmal schwer zu ertragen! - Zurufe von der CDU)

Lassen Sie mich noch einmal auf die Große Anfrage von CDU und FDP zur Energie zurückkommen. Zum Beispiel Geothermie: Diese Grundlastenergie mit dem riesigen Potenzial könnte locker den gesamten Atomquatsch ersetzen, wenn man sie denn endlich energisch vorantreiben würde.

(Beifall bei der LINKEN)

Stattdessen schreibt der Umweltminister in seiner Antwort:

„Da im Bereich der Geothermie jedoch nie eine ähnlich intensive staatlich geförderte Vorerkundung stattgefunden hat wie im Bereich der Kohlenwasserstoffgewinnung, liegen nicht genügend Kenntnisse ... vor.“

Dann sorgen Sie doch endlich dafür, Herr Sander! Das ist Ihr Job!

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Statten Sie doch endlich die Forschungsinstitute mit angemessenen Mitteln aus anstatt mit läppi-schen 2 Millionen Euro im Jahr!

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Keine Ahnung!)

Diese 2 Millionen Euro, Herr Langspecht, sind ein Witz. Darüber lacht sich der Blanke Hans jetzt schon einen Ast.

(Beifall bei der LINKEN)

Veranlassen Sie endlich, dass die Technologie in der Geothermie, die es in Neustadt-Glewe in Mecklenburg seit fast 20 Jahren gibt und die Stand der Technik ist, endlich auch in Niedersachsen umgesetzt wird, und zwar bevor Ihnen wieder einmal andere zuvorkommen wie E.ON, die sich jetzt für die gefährliche, energiefressende CO₂-Abscheidetechnik Gebiete sichern, wo dann Geothermie nicht mehr möglich ist.

Was wir brauchen, Herr Klimaminister, sind verantwortliche Politiker, Ideengeber statt Abwickler, die auch einmal quer vordenken, anstatt nachzusabbeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen weiterhin flächendeckende Verfahren statt immer noch wenige Modellkommunen und Wettbewerbe. Wir von der Linken wollen ein kommunales Stoffstrommanagement. Das wurde - - -

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Karl-Heinrich Langspecht [CDU])

- Das Wort kennen Sie nicht, Herr Langspecht. Aber ich kann Ihnen das gern einmal erklären. Wir werden dazu demnächst einen Antrag einbringen. Stoffstrommanagement ist ein schwieriges Wort, aber Sie können noch üben.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Da können Sie noch etwas lernen)

Das wurde - das sage ich Ihnen auch einmal - von der Uni Trier entwickelt und findet in Rheinland-Pfalz reichlich Anwendung. Dabei werden endlich einmal systematisch alle Ressourcen- und Abfallströme erfasst und ortsangepasst genutzt, anstatt mittels viel Energieverschwendung vernichtet. Legen Sie von der Landesregierung endlich ein entsprechendes Förderprogramm für die Kommunen auf!

Den neuen deutschen Wirtschaftsminister nennt der Volksmund inzwischen „Knutscherle“, weil er nicht nur dem Wein so gern zuspricht, sondern mindestens ebenso gern Weinköniginnen küsst. - Das stammt nicht von mir. - Sorgen Sie dafür, Herr Klimaminister, dass Sie nicht irgendwann vom Volksmund „Träumerle“ genannt werden, weil Sie immer noch von Kohlekraftwerken träumen, die dann schon unter Wasser stehen!

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Sander, Sie haben als Umweltminister eine historische Chance. Aber ich rate Ihnen: Weg mit den politischen Betablockern! Werden Sie Klimaaktivist, werden Sie Klimaextremist!

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Nun hat für die Landesregierung Herr Minister Sander das Wort. Bitte schön!

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushalt des MU für das Jahr 2010 ist eine hervorragende Basis, um die erfolgreiche Umweltpolitik der Landesregierung fortzusetzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich danke insbesondere den beiden Rednern der Regierungskoalition für die unterstützenden und konstruktiven Vorschläge. Ich möchte aber auch ausdrücklich Sie, Herr Kollege Wenzel, und Sie, Frau Kollegin Emmerich-Kopatsch, und zum Teil auch Sie, Herr Herzog, dafür loben, dass Sie mich nach sechseinhalb Jahren in der Umweltpolitik endlich so hinstellen und so loben und so nette, freundschaftliche Appelle an mich richten, dass mich das beflügeln wird, so mit den Regierungsparteien eine erfolgreiche Umweltpolitik unter den Gesichtspunkten von Ökonomie, Ökologie und sozialen Belangen fortzusetzen.

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU - Rolf Meyer [SPD]: So arbeiten Lachnummern! - Unruhe bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Meyer, wenn ich das richtig verstanden habe, haben Sie das auf den Umweltminister bezogen. Vor diesem Hintergrund erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Rolf Meyer [SPD])

- Dafür, dass Sie sich dafür bedankt haben - - -

(Rolf Meyer [SPD]: Nein, ich habe gesagt: Ich nehme das an!)

- Sie nehmen das an. Das finde ich in Ordnung. Herzlichen Dank, Herr Kollege Meyer.

Wir beenden die heutige Haushaltsberatung, weil keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Morgen setzen wir die Haushaltsberatungen nach der Fragestunde mit den Haushaltsschwerpunkten „Wirtschaft, Arbeit und Verkehr“ sowie „Wissenschaft und Kultur“ fort.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Einzig (abschließende) Beratung:

Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über Einheitliche Ansprechpartner (NEAG) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 16/1740 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Sport und Integration - Drs. 16/1990 - Schriftlicher Bericht - Drs. 16/2008